Allgemeiner Anzeiger

Tageblatt für das Volme- und Ennepegebiet

Verbreitungsbezirk außer Halver: Oberbrügge, Brügge, Schalksmühle, Dahlerbrück, Rönsahl, Kierspe, Kierspe-Bahnhof, Bollwerk, Vollme, Lüdenscheid, Meinerzhagen, Valbert, Ohl, Kupferberg, Radevormwald, Breckerfeld usw.

Druck und Verlag: Wilhelm Best jr., Halver i. W. — Fernsprecher Nummer 442, Amt Halver. — Telegramm-Adresse: Anzeiger Halver

Nr. 275 | Inseratenpreis: für 1 mm Höhe, 34 mm breit 6 Reichspfennig, für Behörden, Finanzanzeigen u. auswärtige Anzeigen 10 Reichspfennig, Reklame 10 Reichspfennig. — Offertgebühren 10 Reichspfennig und Porto — | Halver Mittwoch, den 25. November | Erscheint: wöchentlich 6 mal. Gratisbeilagen „Zeitgeschehen im Wochenbild“ „Landmanns Sonntagsblatt“ Herd und Scholle“. — „Für unsere Frauen“ und „Am Abend“ — | 1931

Das neue Notprogramm?

Die Forderungen des Wirtschaftsbeirates.

Hindenburgs Wünsche auf beschleunigte Erledigung.

Unter dem Vorsitz des Reichspräsidenten fand die Schlußsitzung des Wirtschaftsbeirats der Reichsregierung statt. Reichskanzler Dr. Brüning faßte zunächst das Ergebnis der in den Ausschüssen des Wirtschaftsbeirats getätigten Arbeiten nach dem amtlichen Bericht folgendermaßen zusammen:

Die Aufgabe.

Der Wirtschaftsbeirat schloß sich der Auffassung der Reichsregierung an, daß der Sinn der in Aussicht zu nehmenden wirtschaftspolitischen Maßnahmen der sein müsse, zur Vermeidung der Arbeitslosigkeit und der anderen wirtschaftlichen Schwierigkeiten

die Aufwendungen der gesamten Wirtschaft

in weitem Maße an die teils durch Währungsveränderungen, teils durch andere Gründe bedingten Preisentwicklungen auf dem Weltmarkt und an die Vermögens- und Einkommenslage in Deutschlond anzupassen, unter Abstimmung der einzelnen Aufwendungen und Werte aufeinander. Der Wirtschaftsbeirat stellte sich hierbei auf den Boden der Reichsregierung, daß jegliche

Maßnahmen inflationistischen Charakters entschieden abzulehnen

und daß diese Aufgaben durch einen umfassenden Plan in sich geschlossener und voneinander bedingender Maßnahmen zu lösen seien, wobei diese Maßnahmen wegen ihrer Abhängigkeit voneinander, soweit irgend möglich, nicht nur alsbald, sondern auch gleichzeitig getroffen werden müßten. Für den Erfolg dieser Maßnahmen wäre die baldige Beendigung der internationalen Deflation von wesentlicher Bedeutung.

Notwendige Voraussetzungen.

Der Wirtschaftsbeirat hat auf Wunsch der Reichsregierung Fragen der öffentlichen Etatwirtschaft in Reich, Ländern und Gemeinden im einzelnen nicht erörtert, ist aber mit Reichsregierung und Reichsbank der Auffassung, daß erste Voraussetzung einer Wiedergesundung der deutschen Wirtschaft der Ausgleich der Haushalte im Reich, bei der Reichsbahn, in Ländern und Gemeinden ist, da auch

eine gesunde Privatwirtschaft erst auf dem Boden einer gesunden Staatswirtschaft erwachsen könne.

Hierbei herrschte Übereinstimmung darüber, daß auf die Dauer die deutsche Wirtschaft nicht in der Lage sei, öffentliche Lasten in der jetzigen Höhe zu tragen.

Ferner sei es zur Wiedererweckung und Festigung des Vertrauens in die deutsche Wirtschaft im In- und Ausland notwendig, daß außer der dringend gebotenen

Klärung der Reparationsfragen

rechtzeitig vor Ablauf des Stillhalteabkommens eine Neuregelung über die in Deutschland investierten ausländischen Kredite hinsichtlich Verzinsung, Amortisation und Sicherstellung geschaffen werde.

Übereinstimmung zwischen Reichsregierung und Wirtschaftsbeirat bestand darüber, daß eine weitere notwendige Voraussetzung umfassender wirtschaftlicher Maßnahmen eine baldige und klare Regelung des Verhältnisses zwischen

der öffentlichen Hand und dem privaten Bankensystem

sei.

Preisbildung.

Im Rahmen der Aufgaben des Wirtschaftsprogramms liegt nach Auffassung des Wirtschaftsbeirats in erster Linie eine Einwirkung auf Preise und Löhne. Unter Lockerung der Bindungen, die auf beiden Gebieten bestehen, werden sie in Übereinstimmung miteinander gleichzeitig herabgesetzt werden müssen, um eine unerträgliche Schrumpfung der Kaufkraft zu vermeiden. Insbesondere sind

die gebundenen Preise

einem neuen Preisniveau anzupassen. Eine systematische Aufhebung sämtlicher Preisbindungen wird jedoch zu. Erreichung dieses Zieles nicht empfohlen; auch sind die erforderlichen Preissenkungen tunlichst nicht durch eine prozentuale gleichmäßige Verminderung der gegenwärtigen Preise und Preisspannen herbeizuführen.

Dagegen sind Richtlinien aufzustellen, nach denen eine dem neuen Wertniveau entsprechende Preislage bei allen gebundenen Preisen herbeigeführt wird, die bisher auf einem zu hohen Stande beharren. Sofern eine freiwillige Anpassung der Preise an diese Richtlinien nicht eintritt, erscheint eine sofortige Aufhebung der Bindungen erforderlich.

Bei der Erörterung der Preise stellte der Wirtschaftsbeirat fest, daß

die Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Güter

in weitem Ausmaße unter dem allgemeinen Preisniveau liegen. Der Wirtschaftsbeirat hält daher einen Ausgleich und eine Verringerung der in vielen Gegenden noch besonders hohen Preisspannen für geboten. Hierbei wäre die Einsetzung von Ausschüssen erwägenswert, die an Hand der Welt- und Großhandelspreise die angemessenen Kleinhandels- und Vergleichspreise mit anderen Bezirken veröffentlichen. Ebenso erscheint dem Beirat die Anregung beachtlich, daß durch Aushänge in den Läden und andere Vorkehrungen die Preise, insbesondere der Lebensmittel öffentlich bekanntgegeben werden.

Im Rahmen eines ausreichenden Gesamtprogramms erscheint eine entsprechende Senkung von Löhnen und Gehältern unvermeidlich. Dabei muß der Grundsatz des Tarifvertrages erhalten bleiben.

Auch könnte er ohne die gesetzliche Unabdingbarkeit seine wichtigen sozialen und wirtschaftlichen Aufgaben nicht erfüllen. Auch auf dem Gebiete des Schlichtungswesens erscheinen gesetzliche Änderungen zurzeit nicht erforderlich, dagegen ist eine veränderte Handhabung notwendig. Der Inhalt der Tarifverträge muß sich mehr als bisher der wirtschaftlichen Entwicklung anpassen. Bei dieser Auflockerung der Tarifverträge sind örtliche Verschiedenheiten, zeitliche Änderungen, branchemäßige und betriebliche Unterschiede, die Leistungsunterschiede der einzelnen Arbeitnehmerkategorien insbesondere zu berücksichtigen.

Kredit und Zins.

Der Wirtschaftsbeirat bekräftigt die Auffassung der Reichsregierung und der Reichsbank, daß alle Maßnahmen abzulehnen sind, die zu einer Inflation führen könnten. Er ist demzufolge der Auffassung, daß alle notwendigen Kreditmaßnahmen im Rahmen der Organisationen der Reichsbank durchgeführt werden müssen.

Hinsichtlich der Zinsen ist der Wirtschaftsbeirat übereinstimmend der Auffassung, daß eine Senkung des Zinsniveaus für die gesamte deutsche Wirtschaft vom Geldmarkte aus als unbedingt notwendig anzustreben ist.

Einmütig wünschte der Beirat eine Einflußnahme der Reichsregierung auf die großen Träger des langfristigen Kredits, damit diese unter Rücksichtnahme auf die bei Durchführung des Wirtschaftsplanes zu schaffende neue Lage auch ihrerseits bei Verlängerung der Hypotheken den Zinsfuß ermäßigen, und daß sie dabei von Erhebung besonderer Gebühren absehen.

Öffentliche Tarife.

Zur Herabsetzung der allgemeinen Lebenshaltungskosten, die bei Senkung von Löhnen und Gehältern zu einer unbedingten Notwendigkeit wird, ist vor allem eine Senkung der Tarife der öffentlichen Unternehmungen erforderlich.

Wenn auch eine Senkung der Personentarife und eine allgemeine Senkung der Frachten nicht möglich erscheint, so ist die von der Reichsbahn in Aussicht gestellte Senkung der Reichsbahntarife für einzelne für die Volkswirtschaft besonders wichtige Güter von größter Bedeutung, ebenso wie die Zusicherung der Reichsbahn, für besonders notleidende Bezirke und Wirtschaftszweige unter Ausschluß von Berufungen Sondertarife einzuführen.

Der Wirtschaftsbeirat hat davon zustimmend Kenntnis genommen, daß die Reichsregierung es als ihre unabweisliche Aufgabe ansieht, durch nachdrückliche Einwirkungen auf die zuständigen Landes- und Kommunalbehörden auf eine fühlbare Herabsetzung aller übrigen öffentlichen Tarife, vor allem bei Straßenbahn, Gas und elektrischem Strom hinzuwirken.

Wohnungswirtschaft.

Der Wirtschaftsbeirat hält eine Herabsetzung der Mieten durch Anpassung an die verminderten Einkommen für unbedingt geboten.

Auch durch Änderung der Bestimmungen über die Wohnungszwangswirtschaft kann den Plänen der Reichsregierung entsprechend diese Bewegung wirksam unterstützt werden. Diese Pläne gehen dahin, den

Abbau der Wohnungszwangswirtschaft

enger als bisher an die wirkliche Lage auf dem Wohnungsmarkt anzuschließen. Voraussetzung dafür ist aber die Sicherstellung eines sozialen Mietrechts.

Ebenso tritt der Beirat den Plänen der Reichsregierung hinsichtlich

des Hauszinssteuerproblems

bei. Hiernach muß dieses sofort und endgültig geregelt werden, wobei allerdings eine sofortige völlige Aufhebung nicht möglich erscheint. Jedoch ist ein gestaffelter Abbau wünschenswert mit der Maßgabe, daß die Ablösung mit sofortiger Wirkung möglich ist. Ferner erscheint eine Arbeitsbeschaffung aus Mitteln der Hauszinssteuer zwecks erleichterter Vornahme von Reparaturen für möglich und geboten; hierbei erscheint eine Nachprüfung der vollzogenen Reparaturen, gegebenenfalls durch die zuständige Handwerkskammer, zweckmäßig.

Bankenorganisation.

Die in den Jahren nach dem Kriege, insbesondere in der Inflationszeit eingetretene Entwicklung des deutschen Bankwesens hat in Verbindung mit der allgemeinen Lage am Geld- und Kapitalmarkt

zu bedenklichen Erscheinungen geführt,

denen die Regierung ihre besondere Aufmerksamkeit zuwenden muß.

Hierbei ist insbesondere auf Stärkung der örtlichen Kreditinrichtungen im Interesse einer ausreichenden Versorgung der mittleren und kleinen Unternehmungen Bedacht zu nehmen.

Landwirtschaft.

Bei den Erörterungen über die Lage der landwirtschaftlichen Betriebe, die bereits in Ziffer 3 berührt worden ist, nimmt der Beirat von dem Grundgedanken der Sicherung der Ernte im Osthilfegebiet Kenntnis. Da tatsächlich schon im Interesse der Volksernährung

die ordnungsmäßige Fortführung der Betriebe

mit allen verfügbaren Mitteln sichergestellt werden muß, hielt der Ausschuß eine Prüfung für geboten, inwieweit diesem Erfordernis auch überall in Deutschland Rechnung zu tragen ist, ohne aber die Kreditlage der Landwirtschaft zu verschlechtern und die Kreditgeber zu gefährden.

*

Nach Darlegung dieser allgemeinen Leitsätze legte Reichskanzler Dr. Brüning in der Schlußsitzung Wert auf die Feststellung:

Es müsse Gemeingut des gesamten Volkes werden, daß nur der Weg der Herabsetzung aller Aufwendungen den Boden für den Aufstieg auf gesunder und solider Grundlage bereiten kann.

Der Reichspräsident

schloß darauf die Tagung des Wirtschaftsbeirats mit einem Dank an die Mitglieder und führte u. a. folgendes aus:

„In grundlegenden Fragen haben Sie eine gemeinsame Linie gefunden. Insbesondere stimmen Sie mit der Reichsregierung in Ihrer Auffassung über Zweck und Ziel der jetzt erforderlichen wirtschaftspolitischen Maßnahmen überein, auf deren Grundlage sich das Wirtschaftsleben wieder entfalten kann. Mögen in der Auffassung über Einzelmaßnahmen, die zu diesem großen Ziele führen sollen, die Meinungen auseinandergehen.

Die Pflicht der Führung und des Handelns liegt bei der Reichsregierung. Gestützt auf die hier beschlossenen Leitsätze und die aus der Aussprache der letzten Wochen gewonnenen Erfahrungen und Anregungen wird die Reichsregierung nunmehr ihrerseits die Maßnahmen beschließen, die sie zur Wiedergesundung unserer Wirtschaft und zur Aufrechterhaltung des sozialen Friedens für notwendig hält. Ich vertraue zuversichtlich, daß Sie, Herr Reichskanzler und meine Herren Reichsminister, diese Entschließungen nunmehr mit aller Beschleunigung fassen, und sehe Ihren baldigen Vorschlägen gern entgegen.“

Tat nach Rat!

Der Wirtschaftsbeirat hat seine Beratungen beendet und damit die ihm gestellten Aufgaben erfüllt. Denn um „mitzuraten“, nicht um „mitzutaten“, war er einberufen worden. Das Resultat dürfte aber selbst unter dieser Beschränkung die Öffentlichkeit enttäuschen, denn viel Neues ist dabei nicht herausgekommen. In sicherlich sehr eingehenden Besprechungen sind die schwierigen und brennenden Probleme der Not der Zeit von allen Seiten beleuchtet worden, aber die widerstreitenden Interessen sind leider doch nicht ausgeglichen worden, und konnten es auch wohl nicht, denn zu solchem Ausgleich kann ja nie eine Versammlung von Vertretern einzelner Wirtschaftszweige berufen sein, sondern dazu ist die Regierung da. Diese wird jetzt zeigen müssen, daß sie imstande ist, diese schwere Aufgabe zu erfüllen. Den Rahmen mit allerdings sehr verschwommenen Umrissen von Einerseits-Andererseits muß sie jetzt ausfüllen, und zwar schnell, wenn nicht alle Hilfe zu spät kommen soll. Beratungen und Erwägungen haben wir jetzt genug gehabt, was jetzt fehlt ist die Tat, ist der einheitliche feste Wille, der das, was er als wichtig erkannt hat, durchsetzt.

Viel Wissenswertes wird sicherlich die Reichsregierung durch den Wirtschaftsbeirat erfahren haben, außerdem, worin die Wirtschaft mit ihr übereinstimmt, auch das, worin sich die Wege trennen. Nachdem die Vertreter der Landwirtschaft sich aus dem Beirat zurückgezogen hatten, weil sie glaubten, daß ihre Interessen nicht genügend gewahrt würden, gab, wie das Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei meldet, Peter Graßmann im Namen der Vertreter sämtlicher gewerkschaftlicher Spitzenorganisationen, d. h. des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, des Afabundes, des Christlichen Gesamtverbandes und der Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaften eine scharf formulierte Erklärung ab. Die Erklärung betont, die Gewerkschaften könnten den Schlußfolgerungen des Reichskanzlers nicht zustimmen. Wie die Dinge heute liegen, müßten die Gewerkschaften befürchten, daß die Senkung der Gestehungskosten einseitig zu Lasten der Löhne und Gehälter erfolgt. Die Gewerkschaftsvertreter verlangen deshalb von der Reichsregierung, daß sie an der ursprünglichen Zielsetzung des Wirtschaftsprogrammes festhält und unter keinen Umständen Maßnahmen trifft, die die Kaufkraft der breiten Massen noch weiter schwächen würden.

Nach dieser Erklärung der Gewerkschaften, so schließt das sozialdemokratische Blatt seine Ausführungen, ergibt sich ein starker Gegensatz nicht nur zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern, sondern auch zwischen den Gewerkschaften sämtlicher Richtungen und der Regierung Brüning.

---

suche, die Sowjetinteressen zu schädigen, nicht unbestraft lassen werde. Dessen müßten sich die Imperialisten in Tokio, Paris und Washington bewußt sein.

Die Besetzung geht weiter.

Die Besetzung der Stadt Charbin durch die japanischen Truppen steht bevor. Nach einer Mitteilung des japanischen Kriegsministers ist es den japanischen Truppen gelungen, ohne große Mühe Hailun zu besetzen. Die Besetzung sei erfolgt, da General Ma die japanischen Truppen bedroht habe. Die japanischen Verluste bei den Kämpfen um Tsitsikar sollen sich auf 101 Tote, 12 Vermißte, etwa 340 Verwundete und 300 erfrorene Soldaten und Offiziere belaufen. Die chinesischen Verluste sollen nach japanischen Mitteilungen ungefähr 1000 Mann betragen. Der Chef des japanischen Generalstabes, Kania, erklärte, daß er von der Regierung die Erlaubnis erhalten habe, neue Truppen nach der Mandschurei auszuheben. Die Truppen werden sofort Japan verlassen und nach China abtransportiert werden.

Lokales und Provinzielles

Halver, den 25. November 1931.

Vorweihnachtszeit.

Noch sind etwa vier Wochen bis zum Weihnachtsfest. Und doch kündigt sich das allmähliche Herannahen des schönsten aller Feste jetzt schon an, zu Hause so gut, wie im Geschäftsleben.

Will die Mutter das Kind in erwartungsvolle Stimmung versetzen und ihm kleine Unarten abgewöhnen, durch nichts erreicht sie es leichter als durch das Zauberwort vom Christkind und durch ein Märchen, das den Weihnachtszauber geheimnisvoll in die Kinderherzen träufelt. Am stillen Abend fangen dann und wann Vater und Mutter schon zu rechnen und zu tüfteln an, was das Christkind wohl erschwingen wird, denn in der jetzigen, wirtschaftlich so harten Zeit gilt es noch frühzeitiger als sonst zu überlegen und einzuteilen, muß man doch heute jedes Geldstück dreimal umkehren, ehe man es seiner Bestimmung zuführt. Und Eltern wie Kinder brauchen doch wieder soviel Notwendiges, wofür gerade das Christkind sorgen müßte.

In den Geschäften aber rüstet man schon auf die Vorweihnachtszeit. Die ersten Weihnachtsinserate tauchen auf, an den Schaufenstern erscheinen die ersten Hinweise und Reklamen auf den Weihnachtsverkauf, das Kinderauge wird durch die ersten Spielzeugausstellungen entzückt und begeistert, und in den Auslagen wird verlockend und anziehend all das Schöne und Nützliche zur Schau gestellt, was zum frühzeitigen Weihnachtseinkauf bei vorteilhaften Preisen wo möglich jetzt schon veranlassen könnte.

Vorweihnachtszeit! Aus Schulen und Kindergärten erklingen die ersten Krippen- und Weihnachtslieder. Hinüber über die Stille der Adventszeit schwingen und klingen schon Gedanken zum Weihnachtsfest. Keine Zeitenschwere kann vollends rauben, was dieses Fest in die deutsche Seele zaubert.

—* **Der deutschnationale Lehrerbund des Landesverbandes Arnsberg der D. N. V. P. faßte in einer** gut besuchten Versammlung in Hagen einstimmig folgende Entschließung: An die Landtagsfraktion der deutschnationalen Volkspartei des preußischen Landtages: Der deutschnationale Lehrerbund im Landesverband Arnsberg der D. N. V. P. dankt der Landtagsfraktion des preußischen Landtages für das Eintreten gegen den übermäßigen, das ganze Volkswohl bedrohenden Schulabbau. Er hofft von den Mitgliedern der Partei, daß sie sich weiterhin schützend vor die Schulen aller Arten stellen werden, um unserer Jugend die Erziehung und beste Ausbildung als Rüstzeug für den schweren Lebenskampf zu sichern. Darüber hinaus sprechen wir die Bitte aus, alles dranzusetzen, daß die Notverordnungen beseitigt werden.

—* **Sonntagsfahrkarten zu „Maria Empfängnis".** Aus Anlaß des Feiertages „Maria Empfängnis" wird der zwischen dem 6. Dezember (Sonntag) und 8. Dezember (Maria Empfängnis) liegende Montag ausnahmsweise in diesem Jahre in die Geltungsdauer der Sonntagsrückfahrkarten einbezogen. Die Fahrkarten gelten demnach zur Hinfahrt vom 5. Dezember 12 Uhr bis zum 8. Dezember und zur Rückfahrt vom 5. Dezember bis zum 9. Dezember 9 Uhr (Antritt der Rückreise).

—* **Sonntags- und Arbeiter-Rückfahrkarten zu Weihnachten und Neujahr.** Zur Erleichterung des Besuchs- und Erholungs-Reiseverkehrs in der Zeit der Feiertage von Weihnachten bis Sonntag nach Neujahr und gleichzeitig, um den Wintersportlern Gelegenheit zu längeren billigen Reisen in die Wintersportgebiete zu geben, hat die Deutsche Reichsbahn-Gesellschaft die Geltungsdauer der Sonntagsrückfahrkarten zu Weihnachten und Neujahr ausnahmsweise wesentlich erweitert. Die Sonntagsrückfahrkarten gelten zur Hinfahrt vom 23. Dezember 12 Uhr bis 3. Januar und zur Rückfahrt vom 23. Dezember bis 4. Januar 9 Uhr (Antritt der Rückreise). Die Benutzung von Schnellzügen mit Sonntagsrückfahrkarten ist an allen Tagen gegen Bezahlung des tarifmäßigen Schnellzugzuschlags zugelassen. Für Arbeiterrückfahrkarten ist die Geltungsdauer der in der Zeit vom 19. bis 27. Dezember gelösten Fahrkarten bis zum 4. Januar einschließlich verlängert worden.

Halver

—0 In der Nacht von Sonntag zu Montag drangen **Diebe in das Haus des Fabrikanten Spindler** in Schmalenbach b. Halver ein. Sie öffneten mit einem Nachschlüssel die Haustür. Alle Wohnräume, Schränke und dergl. wurden durchwühlt. Jedoch ließen die Diebe die Wertgegenstände, wie Wäsche, Bestecke und dergl. unberührt. Entwendet wurde nur eine Anzahl Flaschen Sekt und Rot- und Weißweine. Einige Flaschen Wein wurden von den Tätern gleich an Ort und Stelle entleert. Den Dieben wurde ihre Arbeit wesentlich erleichtert, weil das Haus zur Zeit unbewohnt ist und die Türen durch einfache Schlösser nur ungenügend gesichert waren.

—& An der Berlinerstraße und Hagenerstraße, an denen Schulgebäude der Volksschule liegen, sind je zwei **Warnungstafeln** mit dem bekannten Zeichen und der Aufschrift „Schule" angebracht, um Unfällen beim Verkehr vorzubeugen.

Kierspe

—)" Wir machen schon heute darauf aufmerksam, daß am kommenden Samstag und Sonntag der größte Fremdenlegionärsfilm dieses Jahres, **„Flucht in die Fremdenlegion" bei den Märkischen Lichtspielen gezeigt wird.** Jeder Vater, jede Mutter, Sohn und Tochter soll und muß sehen was unsere Söhne und Brüder in dieser Hölle auf Erden erdulden müssen.

Aus dem Gerichtssaal.

Der Hagener Totschlagsprozeß gegen Dortmunder S.-A.-Leute.

Wer hat die Schüsse abgegeben, durch die drei Menschen bei den Zusammenstößen in der Mittelstraße getötet wurden? Die Angeklagten bestreiten bis auf Einen, überhaupt geschossen zu haben. — Der Prozeß soll 5 Tage dauern.

—pn Hagen. Der mit großer Spannung erwartete Prozeß über die verhängnisvolle Schießerei in der Mittelstraße, die am 28. Mai d. J. zwischen Nationalsozialisten und Kommunisten stattfand und 3 Todesopfer forderte, begann heute vormittag um 9 Uhr vor dem Hagener Schwurgericht. Angeklagt sind sieben Mitglieder der Dortmunder S. A. und ein früheres Mitglied der nationalsozialistischen Partei wegen Totschlags, gefährlicher Körperverletzung und Verstoßes gegen die Notverordnung des Reichspräsidenten vom 28. März 1931. Den Vorsitz der Verhandlung führt Landgerichtsrat Trümper, die Angeklagten werden durch fünf Rechtsanwälte verteidigt, die Anklage vertritt Staatsanwalt Dr. Kömmhoff. Zu dem Prozeß, dessen Dauer auf fünf Tage berechnet ist, sind etwa 70 Zeugen und drei Schießsachverständige geladen. Von den Angeklagten hat einer, der Reisevertreter Wilhelm L. früher in Dortmund, jetzt in Hagen wohnhaft, zugegeben, 2 Schüsse abgegeben zu haben. Die übrigen sieben Angeklagten, der Standartenführer Franz B., der Sturmführer Artur H., die Truppführer Karl C. und Karl H. und die S. A.-Leute Hermann N., Franz K. und Franz A. geben zwar durchweg zu, Schußwaffen getragen, bestreiten aber, geschossen zu haben. Der Angeklagte L. gehört jetzt nicht mehr der nationalsoz. Partei an.

Nach Verlesung des Eröffnungsbeschlusses beantragte der Verteidiger Freißler aus Kassel, die beiden Polizeibeamten, die neben den Angeklagten saßen, wegzunehmen, damit den Verteidigern die Möglichkeit gegeben sei, sich unbefangen mit den Angeklagten zu unterhalten. Der Verteidiger stellte sodann den weiteren Antrag, den Haftbefehl gegen die Angeklagten, außer L., aufzugeben. Er begründete dies damit, daß die Angeklagten das Gefühl hätten, von der Ermittlungs- und Anklagebehörde einseitig behandelt zu sein. Es liege hier seitens der an jenem Abend in der Mittelstraße gegen die Angeklagten vorgehenden Kommunisten ein Landfriedensbruch vor, doch sei bis jetzt gegen Niemand Anklage erhoben. Die Angeklagten fühlten sich daher erst dann frei, wenn der Haftbefehl aufgehoben sei. Ein Fluchtverdacht liege nicht vor. Als der Vorsitzende hierauf den Vorschlag machte, die Entscheidung über diese Frage bis an den Schluß der Vernehmung der Angeklagten zu verschieben, gab der Verteidiger eine weitere Erklärung ab, die dahin lautete, falls dem Antrage auf Enthaftung nicht alsbald nachgegeben würde, würden die Angeklagten jegliche Aussage verweigern. Sämtliche Angeklagten bestätigten dies. Das Gericht zog sich darauf zur Beratung zurück und verkündete dann den Beschluß, den Antrag abzulehnen. Die Angeklagten erklärten nun, keine Aussage zu machen. Das Gericht konnte jedoch nicht sofort zur Beweisaufnahme schreiten, da mit dieser Haltung der Angeklagten nicht hatte gerechnet werden können und die ersten Zeugen erst auf 12 Uhr bestellt waren. In der Zwischenzeit entspann sich aber eine Verhandlung zwischen den Verteidigern und dem Gericht an, die damit endigte, daß die Angeklagten ihren Widerstand doch aufgaben. Um elfeinviertel Uhr wurde daher die Verhandlung fortgesetzt. Es gab dann noch einen kleinen Zwischenfall, als der Vorsitzende es rügte, daß die Angeklagten alle das Hakenkreuz-Abzeichen am Rock trugen und sie ersuchte, es abzulegen. Der Verteidiger Rechtsanwalt Freißler bat, hierüber einen Gerichtsbeschluß herbeizuführen, da es doch nach der Verfassung jedem Deutschen gestattet sei, seine politische Meinung frei zu äußern. Das Gericht führte diesen Beschluß auch herbei und entschied, daß der Anordnung des Vorsitzenden Folge zu leisten sei, denn das Ablegen der Abzeichen bedeutet keine Einschränkung der Meinungsfreiheit.

Das Gericht schritt hierauf zur Vernehmung der Angeklagten, unter diesen zuerst des Angeklagten L. Dieser hat das Realgymnasium besucht und nennt sich Journalist, da er längere Zeit für Zeitungen gearbeitet habe. Augenblicklich ist er Reisevertreter. Er war zeitweilig Sektionsführer in Wehringhausen, ist aber aus der Nationalsozialistischen Partei ausgetreten. Da seine Braut in Hagen wohnt, war er schon damals, als er noch in Dortmund wohnte, jeden Tag in Hagen. An dem betreffenden Tage ging er nachmittags zum „Wilhelmshof", in dessen Nähe der Demonstrationszug abmarschieren sollte. Er hat aber weder an dem Zuge noch an der abends stattfindenden Kundgebung in der Stadthalle teilgenommen. Gegen Ende der Kundgebung ist er zur Stadthalle gegangen und sah dort die ihm bekannten DortmunderS.A.-Leute die Treppe herunter kommen. Er schloß sich ihnen an. Als sie dann an die Mittelstraße kamen, so erklärte der Angeklagte, sahen sie sich dort einer Menge von Kommunisten gegenüber, die ihnen folgten. Die Menge schloß sich allmählich immer enger um sie, es ertönten Rufe: „Das sind die Nazis! Schlagt sie tot!" In der Nähe des „Weidenhof" machte die Menge Anstalten, auf sie einzudringen. Er sei daraufhin weggelaufen. In diesem Augenblick sei ein Schuß gefallen. Er habe sich umgedreht und in ganz kurzer Entfernung vor sich einen Mann in grünem Hemde gesehen, der eine Eisenstange trug und auf ihn zu drang. Da habe er zu seiner Pistole gegriffen und zwei Schüsse abgegeben. Daraufhin sei ein allgemeines Geschieße entstanden. Er habe auf der Seite der Gegner Mündungsfeuer gesehen und habe noch zwei Schüsse abgegeben. Dann sei er zur Marienstraße gelaufen. Von einem Kommando, das angeblich abgegeben worden sei, habe er nichts gehört. Der Angeklagte erklärte zum Schlusse, daß er die Schüsse aus Notwehr abgegeben habe, weil er sich bedrängt gefühlt habe. Aus diesem Gefühl, in Notwehr gehandelt zu haben, habe er sich auch einige Tage später der Polizei gestellt. Was die Führung der Waffe anbetrifft, so besaß der Angeklagte einen Waffenschein. Auf eine Frage des Vorsitzenden, wie es mit den früher verbreiteten Gerüchten stehe, daß er als Spitzel der Polizei in dieser Angelegenheit tätig gewesen sei, mit dem Auftrage, die Nationalsozialisten zu Gewalttätigkeiten provozieren, erklärte der Angeklagte, daß er niemals irgendwie im Dienste der Polizei gestanden habe.

Der Angeklagte H. hat den Umzug mitgemacht. Er schildert, wie der Zug an einzelnen Stellen „unter den Augen der Polizei" von Kommunisten angegriffen worden sei. Auch er gibt an, daß in der Mittelstraße die Kommunisten mit „verzerrten Fratzen" und Messern in der Hand auf sie eingedrungen seien. Plötzlich sei ein Schuß gefallen. Darauf hätten sie Deckung gesucht. Sie seien in die Dahlenkampstraße, eine Sackgasse, hineingelaufen, dort über eine Mauer geklettert und nach einer Stunde zurückgekommen und dann im Auto nach Dortmund gefahren. Eine Waffe habe er nicht gehabt.

Der Angeklagte A. weiß ebenfalls nur, daß plötzlich in diesem gespannten Augenblick ein Schuß gefallen ist und daß er weggelaufen ist. Er erklärt, seine Pistole vorher einem andern gegeben zu haben. Jedenfalls habe er nicht geschossen. Er habe wohl beobachtet, wie neben ihm jemand geschlagen wurde. Seine Pistole habe er einem anderen Kameraden bereits auf der Springe gegeben, als dieser seine Frage, ob er „warm angezogen sei", verneint habe. Das Vorgehen der Kommunisten sei ihm wie ein organisierter Landfriedensbruch erschienen. Der Angeklagte erklärt zum Schluß, daß er wegen seiner großen Erregbarkeit bereits längere Zeit in einer Nervenheilanstalt verbracht habe.

Der Angeklagte K. gibt an, schon kurz nach dem Heraustreten aus der Stadthalle seien sie mit Steinen beworfen worden. Er sei bereits bis zur Gabelung Körnerstraße—Elberfelderstraße gekommen, als plötzlich hinter ihm die Schießerei begonnen habe. Er bestreitet, jemals zugegeben zu haben, daß er geschossen habe. Im Zuge habe er dem Angeklagten A. den von diesem geliehenen Revolver zurückgegeben. Es hatten zwar drei Patronen darin gefehlt. Die habe er aber vorher herausgenommen und zwar „um sich dem A. gegenüber „interessant" zu machen, er meint, um diesem zu zeigen was er für ein Held sei. Da diese Erklärung bestritten wurde, bestätigte der Angeklagte A. nun seinerseits, aus der Pistole sei an diesem Abend nicht geschossen worden.

Der Angeklagte K. hat „zu seinem Schutze" eine Pistole mitgehabt. Er sagt, er habe eine Frau gesehen, die ein langes Brotmesser aus ihrem Unterrock hervorgezogen habe. Als der erste Schuß gefallen sei, habe er einen Schreckschuß abgegeben und sei dann weggelaufen. Polizei habe er nicht gesehen. In der Hochstraße sei ihm beim hantieren mit der Pistole nochmals ein Schuß losgegangen und zwar in ein Kellerloch hinein. Es sei nicht wahr, daß er jemand verletzt habe. Die Angeklagten H. und N. haben beide eine Schußwaffe gehabt, geben jedoch an, nicht geschossen zu haben.

Als letzter wurde der Standartenführer B. vernommen. Er bestreitet eine Pistole gehabt zu haben. Er sei nach Hagen gekommen, um sich mit den S.A.Führern der Umgebung wieder einmal zu treffen. Er schildert die Vorgänge in der Mittelstraße ähnlich wie die anderen Angeklagten. Nach seiner Ansicht hat jeder, da er plötzlich bedrängt wurde, in Notwehr gehandelt. Ein Kommando habe er nicht abgegeben. Auch dieser Angeklagte hat sich nach anfänglichem Leugnen dem Untersuchungsrichter gestellt.

Hiermit war die Vernehmung der Angeklagten beendet. Das Gericht beschloß noch auf Antrag der Verteidigung, den Reichstagsabgeordneten Vetter zu laden, der besonders über die Stimmung an jenem Tage aussagen könne. Die Verhandlung wurde hierauf kurz nach 4 Uhr abgebrochen und auf Dienstag vormittag vertagt.

Kierspe-Bhf.

—b Am vergangenen Samstag wurde der Verkehr auf der Straße im Versetal unterhalb Neuemühle durch **Wegelagerer gefährdet.** Eine größere Zahl junger Burschen etwa 20 an der Zahl machten sich eine Freude daraus sämtliche durchkommenden Fahrzeuge aufzuhalten und die Insassen zu bedrohen und zu belästigen. So wurde ein Herr W. aus Lüdenscheid mit seinem Fuhrwerk angehalten und unter Drohungen um Geld angegangen. Nur durch schleuniges Davonfahren konnte sich der Betreffende vor Schaden bewahren. Nicht so glimpflich erging es dem Bäcker K. aus Meinerzhagen. Auch dessen Fuhrwerk wurde angehalten und aus dem Wagen Stuten und Brötchen geraubt. Als nun auch der Bäcker Schr. aus Kierspe-Bhf. mit seinem Lieferwagen die Straße passierte, wurde auch dieser von den Burschen zum Halten gebracht. Die beiden Haupträdelsführer sprangen sofort von vorne über den Kühler auf den Wagen und beschädigten denselben nicht unerheblich. Trotzdem der Fahrer die Burschen durch gütliches Zureden von ihrem Tun abbringen wollte, griffen sie ihn tätlich an. Nur mit Mühe gelang es dem Fahrer seinen Wagen in Bewegung zu setzen und sich so vor weiteren Tätlichkeiten zu schützen. Hoffentlich nimmt die Polizei die notwendigen Ermittlungen auf, damit solche mittelalterlichen Zustände nicht weiter um sich greifen.

—b Der diesjährige **Elternabend des Turnvereins Jahn e. V. Kierspe-Bhf.** wird am 3. Adventssonntag, den 13. Dez. d. J. im Saale des Turnbruders Rudolf Cramer gefeiert. Schon seit Wochen arbeitet die hiesige Turnerjugend fleißig an den Vorbereitungen dieser Veranstaltung. In Anbetracht dessen, daß diese Feier in die Weihnachtszeit fällt, sind als Aufführungen eine Anzahl der schönsten Weihnachts-Märchenspiele gewählt. Aber auch die turnerischen Darbietungen werden alle bisherigen übertreffen; es wird das Beste gezeigt werden, was die Jugend zu turnen vermag. Das ist der Grundsatz dieses Elternabends, einmal wieder recht beim strahlenden Weihnachtsbaum mit all seinen lieben Angehörigen Weihnachten, das echte deutsche Volksfest, zu feiern.

—b Nachdem vor einigen Wochen die verschiedenartigsten Maßnahmen zur **Durchführung der Winterhilfe** in der hiesigen Gemeinde in Angriff genommen wurden und auch schon ansehnliche Mengen an Kartoffeln usw. zur Verteilung gekommen sind, geht auch in diesen Tagen die Versorgung der Erwerbslosen und Minderbemittelten unserer Gemeinde mit Kohlen vor sich. Die Gutscheine für den Bezug dieser Kohlen wurden ausgegeben und erhielten die Familien je nach der Kopfzahl entsprechende Kohlenmengen. Sollte irgend jemand versehentlich nicht berücksichtigt worden sein und Bedürftigkeit vorliegen, so tun diese Personen gut, sich mit dem Wohlfahrtsamt ins Benehmen zu setzen. Die freiwillige Liebestätigkeit nimmt mit der weiteren Zunahme der Not immer mehr ab, weil auch diejenigen Bürger die bisher spenden konnten, immer weiter von der Krise erfaßt werden. Es dürfte deshalb schon jetzt angebracht sein, genau wie in anderen Gemeinden der Frage des Selbstanbaues von Kartoffeln und Gemüse durch Erwerbslose und Minderbemittelte erhöhte Aufmerksamkeit zu schenken. In der hiesigen Gemeinde sind noch größere Ländereien vorhanden, die zum Teil mit Kartoffeln bepflanzt werden könnten. Weiterhin dürfte bei manchem Landwirt die Möglichkeit bestehen, von seinen Ländereien dem einen oder anderen Erwerbslosen ein Stückchen Land abzugeben, damit solchen die Möglichkeit gegeben ist, sich einen großen Teil ihrer benötigten Kartoffeln selbst zu ziehen. Derjenige, der die Gemeinde in etwa kennt kann feststellen, daß auch Oedlandstreifen da sind, die bei einiger-

maßen ordentlicher Bearbeitung zum Anbau von Kartoffeln brauchbar gemacht werden können. Der Gemeinde würde dadurch sicherlich eine große Last abgenommen und manchem Minderbemittelten Nahrung gegeben. Hierbei ist natürlich vorauszusetzen, daß die Ländereien billig vermietet und keine unerschwinglichen Mieten gefordert werden.

*

Lüdenscheid. Vorsorgliche Maßnahme. Die Erkrankung eines Kindes in der Ostschule hat die verantwortlichen Stellen veranlaßt, zwei Klassen dieser Schule vorsorglich zu schließen. Der erkrankte Knabe ist in das Krankenhaus gebracht worden, wo er zur Zeit auf die Symptome der spinalen Kinderlähmung hin beobachtet wird. Es handelt sich jedoch vorläufig nur um einen noch nicht bestätigten Verdacht.

Recklinghausen. Der Vatermord in Recklinghausen. Auch der zweite Sohn des erschossenen Polizeiwachtmeisters Bartkowiak, Franz, ist unter dem dringenden Verdacht der Mittäterschaft und der Beihilfe festgenommen worden. Der Täter, Michael Bartkowiak, leugnet noch immer, die Tat mit Vorbedacht ausgeführt zu haben. Er habe die Pistole seinem Vater, als dieser ihn damit bedroht habe, entrissen. Durch Zeugenaussagen ist aber einwandfrei festgestellt worden, daß der Polizeiwachtmeister kurz vor seinem Hause vom Hausflur aus die Schüsse erhalten hat und daß, als der Vater versuchte zu fliehen, der Sohn ihm nachlief und ihm den tödlichen Schuß gab.

Attendorn. Brandstiftung. Ein auf dem Himmelsberg stehender Getreideschober wurde auf bisher ungeklärte Weise vom Feuer ergriffen und ganz zerstört. An den großen Strohvorräten fanden die Flammen reichliche Nahrung. Eine Alarmierung der Feuerwehr fand wegen der Aussichtslosigkeit etwaiger Löschtätigkeit nicht statt. Da der Getreideschober weit ab von Wohnhäusern stand und auch sonst keinem Feuer nahe war, kommt nur Brandstiftung in Frage. — Einem gerissenen Schwindler fiel ein Tagelöhner im nahen Reepe in die Hände, der eine Kuh verkaufen wollte. Nach Vereinbarung des Kaufpreises gab der Händler als Sicherheit für die gekaufte Kuh eine andere Kuh als Pfand bis zur Bezahlung, die in einigen Tagen stattfinden sollte. Statt der Bezahlung wurde die als Pfand zurückgelassene Kuh von einem Fremden, der die Kuh als sein Eigentum erkannte, abgeholt. Der ehrsame Tagelöhner hatte das Nachsehen. — Auch aus anderen Dörfern hört man von dem betrügerischen Treiben dieses Viehhändlers. Die Viehbesitzer seien gewarnt.

Remscheid-Lennep. Eine Scheune niedergebrannt. Gestern abend gegen 10,30 Uhr stand plötzlich die Scheune des Landwirts und Fuhrunternehmers E. Kuhstoß auf der Knusthöhe in hellen Flammen. Die Feuerwehr war machtlos. Das Gebäude brannte mit den darin aufgestapelten Erntevorräten bis auf die Grundmauern nieder. Ein Pferd, das in der Scheune untergebracht war, konnte noch im letzten Augenblick in Sicherheit gebracht werden. Die Brandursache konnte noch nicht aufgeklärt werden. Man nimmt an, daß Landstreicher in dem Gebäude genächtigt und das Feuer verursacht haben. Der Schaden soll durch Versicherung gedeckt sein.

Köln. Ihren Meister durch Diebstahl ruiniert. Die Polizei nahm einen Metzgergehilfen und einen Metzgerlehrling fest, die ihren Arbeitgebern nach und nach etwa 18 000 Mark gestohlen haben. Seit März 1931 stahlen sie für 14 000 RM Fleisch- und Wurstwaren. Der Metzgermeister mußte am 1. Oktober 1931 infolge der Verluste sein Geschäft schließen. Seinen Nachfolger bestahlen sie von Oktober bis heute um 4000 RM Fleischwaren.

Vergleichsverfahren bei der Berliner Bank für Handel und Grundbesitz.

Eine Berliner Zeitung meldet, daß das gerichtliche Vergleichsverfahren über die „Berliner Bank für Handel und Grundbesitz" vom neuen Vorstand angesucht wurde. Man hofft, daß die 36 500 Einleger vielleicht auf diesem „außergerichtlichen" Wege doch noch ohne größere Verluste aus der Angelegenheit herauskommen. Die Frage, inwieweit die Hausbesitzervereine und die Genossenschaftsbanken der Hausbesitzer für diese Bank eintreten werden müssen, wird erst die Untersuchung klarstellen.

Die Bestechungsaffäre lebt auf.

Schreitet die Staatsanwaltschaft gegen Generaldirektor Schüning ein?

Der Generaldirektor der „Behala", Schüning, hatte als Zeuge im Sklarek-Prozeß zugeben müssen, von den Sklareks eine Zuwendung in Höhe von 10 000 Mark erhalten zu haben.

Das frühere Ermittlungsverfahren, das die Staatsanwaltschaft gegen Schüning wegen Bestechung geführt hatte, wurde mangels Beweises eingestellt und Schüning außer Verfolgung gesetzt.

Die Staatsanwaltschaft erwägt, ob dieses Ermittlungsverfahren gegen Schüning erneut aufgenommen werden soll.

Schlußdienst.

Vermischte Nachrichten vom 23. November.

Strafverfolgung gegen Abgeordneten Ladendorff nachgesucht.

Berlin. Die Staatsanwaltschaft I Berlin hat beim Preußischen Landtag die Zulassung der Strafverfolgung gegen den Landtagsabgeordneten Ladendorff nachgesucht. Gegen Ladendorff besteht der Verdacht, daß er als Vorsitzender des Aufsichtsrates an der bei der Bank für Handel und Grundbesitz aufgedeckten Bilanzverschleierungen beteiligt ist.

60 000 Mark unterschlagen.

Berlin. Der 30jährige Bankkassierer Fritz Prützing aus Niederschönhausen, der seit vielen Jahren bei der Depositenkasse Pankow der Commerz- und Privatbank beschäftigt war, ist wegen Veruntreuung von etwa 60 000 Mark verhaftet worden. Prützing hat bereits ein Geständnis abgelegt. Die Veruntreuungen reichen bis in das Jahr 1924 zurück. Der verhaftete Kassierer konnte durch Fälschungen von Büchern und Belegen seine Veruntreuungen jahrelang verschleiern.

Neuer Sprengstoffdiebstahl.

Kassel. Auf einem Steinbruch an der Eberstraße bei Viermünden (Kreis Frankenberg) wurde von unbekannten Tätern ein Sprengstoffdiebstahl verübt. Die Täter öffneten mit Nachschlüsseln die Sprengstoffkammer und entwendeten insgesamt 11½ Kilogramm Sprengstoff und 135 Sprengkapseln. Die polizeilichen Ermittlungen haben bisher zu keinem Ergebnis geführt.

Tarifstreit in der Hochseefischerei.

Hamburg. Der Reichsarbeitsminister hat Dr. Stenzel-Hamburg zum Schlichter für den Tarifstreit in der Hochseefischerei ernannt. Ein Verhandlungstermin ist noch nicht angesetzt worden.

Börse und Handel

Amtliche Berliner Notierungen vom 23. November.

✱ **Devisenbörse.** Dollar 4,20—4,21; engl. Pfund 15,50 bis 15,54; holl. Gulden 169,03—169,37; Danz. 81,97—82,13; franz. Franc 16,47—16,51; schweiz. 81,72—81,88; Belg. 58,39—58,51; Italien 21,68—21,72; schwed. Krone 83,42—83,58; dän. 83,42 bis 83,58; norweg. 83,42—83,58; tschech. 12,46—12,48; österr. Schilling 58,94—59,06; Argentinien 1,053—1,057; Spanien 35,76—35,84.

Schriftleitung: Wilhelm Bell, Halver i. Westf.

Das Vergleichsverfahren über das Vermögen des Fabrikanten **Otto Eickhoff** zu **Brügge i. W.**, alleinigen Inhabers der Firma **Otto Eickhoff** daselbst Metall- und Drahtwarenfabrik ist nach Bestätigung des Vergleichs vom 19. November 1931 aufgehoben.

Lüdenscheid, den 19. November 1931.

Das Amtsgericht.

Westdeutscher Rundfunk.

Mittwoch, den 25. November.

6,45—7,00 Leibesübungen. Dr. Ludwig Bach.
7,00 Wettervorhersage und Zeitangabe.
7,05—8,00 Morgenkonzert.
8,00 Wiederholung der Wettervorhersage, Zeitangabe und Wasserstandsmeldungen.
8,05—8,30 Die Frau im Staat. Grete Stoffel: Vorurteile gegen Frauen in Politik und Beruf (2).
9,30—9,45 Funkwerbung mit Schallplatten.
9,45—10,00 Gymnastik für Frauen. Hilde Bremus.
10,00 Erste Meldungen und Zeitangabe.
10,15—11,15 **Mensch und Welt.** Gemeinschaftsempfang für Arbeitslose.
11,20—12,00 Musikalischer Schulfunk für die Oberstufe höherer Lehranstalten, Leitung: Prof. Dr. Felix Oberborbeck. Kammermusik in seltener Besetzung.
12,00 Schallplattenkonzert (Parlophonplatten).
12,50 Wetterbericht.
12,55 Nauener Zeitzeichen, Mittagsmeldungen und Zeitangabe.
13,05—14,30 Mittagskonzert, Leitung: Pensis. Solist: Heinrich Pensis (Violine).
15,30 Wirtschaftsmeldungen und Zeitangabe.
16,00—16,25 Uebertragung von der Deutschen Welle: Ministerialdirigent Dr. Erich Wende: Ende oder Entwicklung der Pädogogischen Akademien?
16,30—16,55 Dr. Manfred Georg: Edgar Allan Poe.
17,00—18,00 Vesperkonzert des Orchesters des Westdeutschen Rundfunks, Leitung: Buschkötter. Solist: Georg Beerwald (Violine).
18,00—18,20 Privatdozent Dr. Breddin: Neue erdgeschichtliche Forschungsergebnisse. 1. Junge Bodenbewegungen im Rheinland.
18,20—18,40 Der junge Mensch. Gewerbeoberlehrer Schmidt: Einflüsse der Arbeitslosigkeit auf junge Menschen.
18,40—19,00 Aufstieg und Gefährdung Englands in der Weltwirtschaft. Geheimrat Prof. Dr. Eckert: Anfänge des englischen Welthandels und Kolonialreiches.
19,00—19,15 Wetterbericht, Zeitangabe, Wirtschaftsmeldungen und Sportvorbericht.
19,25—19,30 Vor Allem Gesundheit.
19,30—20,10 Aus Westdeutschen Forschungsstätten. Besuch im Kaiser Wilhelm-Institut für Arbeitsphysiologie, Dortmund. Sprecher: Dr. Ernst — Dr. Kröger.
20,10 Erste Abendmeldungen und Wettervorhersage.
20,15—20,25 Otto Brües: Einführung zum „Augsburger Tafelkonfekt".
20,25 Uebertragung aus dem Großen Saal der Lese-Gesellschaft:
Konzert der Gesellschaft für neue Musik.
(Ortsgruppe Köln der Internationalen Gesellschaft für Neue Musik Sektion Deutschland.) Musikanten- und Spielmusik aus alter und neuer Zeit. Die Musikantengilde, Köln; Leitung: Robert Engel und Willi Isselmann; die gesamte musikalische Leitung: Dr. Hans Wedig, Bonn; Solisten: Erni Weis (Sopran), Werner Alfen (Tenor) von der Kölner Oper, Ria Schaeben (Alt), Paul Lodder (Baß). Sprecher und Regie im Augsburger Tafelkonfekt: Jochem Pölzig vom Kölner Schauspielhaus.
Anschließend: Letzte Meldungen, Bericht über das geistige Leben, Sportbericht.
Anschließend bis 24,00: Nachtmusik und Tanz, Leitung: Pensis.

Landbund.

Sprechtag
in Halver
am Donnerstag, den 26 Nov. im Hotel zur Post nachmittags 6 - 7 Uhr

Schmidthauser Viehversicherungs-Verein.

Samstag, d. 28. Nov., nachmittags 6 Uhr außerordentliche

General-Versammlung

Tagesordnung wird in derselben bekanntgegeben.

Der Vorstand.

Verein. Turn- u. Spiel-Vereine Halver e. V.

Donnerstag, d. 26. Nov. 31 abends 8,30 Uhr i. Vereinszimmer d. Turnhalle

Spielersitzung

Pünktliches Erscheinen aller Spieler ist Pflicht.

Der Spielausschuß.

Mittwoch u. Donnerstag im Hauptgeschäft Kronprinzenstraße

Schellfisch

lebendfrisch und ohne Kopf

Konsumverein Halver

2-3 Zimmer-Wohnung

in Halver

zu mieten gesucht.

Angebote unter **B 175** an den Allg. Anzeiger Halver.

Erhalte wöchentlich Mittwochs und Donnerstags

frischen Schellfisch

Fritz Bangert,

Halver, Ruf 234.

Habe **Donnerstag** hochtragende

Kühe



zum Verkauf.

W. Schoppmann,

Linge b. Marienheide.

Beim Nachfüllen von **MAGGI's Würze** *verlangen Sie von Ihrem Händler auch*

Es gibt für eine Flasche Nr. 0 ½ Gutschein
Nr. 1 2× ½ -
Nr. 2 3× ½ -
Nr. 3 6× ½ -

MAGGI-Gutscheine!

5. STABIL Stipendium-Wettbewerb

RM. 25 000,—

für d. besten Modellentwürfe aus STABIL-Baukästen

1 erster Preis **500,—** Goldmark in bar
und eine **Prämie** bestehend aus einem **Freiflug** in einem Verkehrsflugzeug der Deutschen Luft-Hansa

2 zweite Preise zu je **250,—** Goldmark in bar
10 dritte Preise zu je **200,—** Goldmark in bar
20 vierte Preise zu je **150,—** Goldmark in bar
40 fünfte Preise zu je **100,—** Goldmark in bar

Sachpreise 15 000,— RM.

bestehend in mehreren tausend Preisen in Gestalt von Ergänzungskästen, Betriebsmotore und Einzelbaukästen.

Sonder-Prämie „1 Freiflug"

Für die beste Einsendung, also für den Gewinner des ersten Preises, ist eine besondere Prämie ausgesetzt, u. zwar wird der Gewinner zur Besichtigung des Stabil-Hauses eingeladen und kann im Flugzeug in oder nach Berlin fliegen.

Die Bedingungen zu diesem STABIL-Stipendium-Wettbewerb sind im Stabil-Werbeheft enthalten.

In Halver gratis zu haben bei:

Wilh. Bell jr.

Schlachtviehberichte:

	Elberfld.	Köln	Dortmd.		Elberfld.	Köln	Dortmd.
Ochsen	37—39	35—38	—	Fresser	18—24	24—29	—
	—	30—33	—	Kälber	—	60—68	—
	33—36	32—34	30—33		48—52	48—52	50—52
	—	26—30	—		40—47	40—46	40—49
	29—32	—	26—29		28—39	30—37	29—39
	—	—	—	Schafe	—	30—33	—
Bullen	30—32	27—30	30—32		—	—	—
	24—29	22—26	26—29		—	—	—
	—	—	23—25		—	22—28	—
	—	—	—		—	—	—
Kühe	30—32	30—33	31—33	Schweine	46—48	48—50	—
	25—29	26—29	27—30		46—48	47—50	45—47
	20—24	20—25	23—26		46—48	45—50	44—47
	14—19	16—19	19—22		44—45	40—48	42—45
Färsen	34—36	32—35	34—36		40—43	—	40—44
	27—33	27—31	30—33		35—39	—	—
	—	—	25—29	Sauen	35—40	35—40	36—42

Bericht der amtlichen Notierungskommission am Schlachtviehmarkt vom 23. Nov. 1931 zu W.-Elberfeld.

Auftrieb: 747 Stück Großvieh, davon 160 Ochsen, 76 Bullen, 248 Kühe, 152 Färsen, (Kalbinnen), 111 Fresser, 415 Kälber, 9 Schafe, 3077 Schweine.

Dem Schlachthof im Laufe der Woche unmittelbar zugeführt: 1 Bulle, 1 Küh, 7 Kälber, 32 Schweine.

Marktverlauf: In allen Gattungen ruhig. Der Markt wurde geräumt, einzelne Schweine über Notiz.

Möbel-Notverkauf
wegen Sterbefall.
16 Schlafzimmer,
4 Küchen und
1 Speisezimmer,
alles hochmoderne, erstklassige Werkstättenarbeit sollen zu jedem annehmbaren Preis gegen bar an Private abgegeben werden.

Angebote unt. W 280 an die Geschäftsstelle des Allgem. Anzeigers Halver erbeten.

Kaufe
Laub- und Nadelholzbestände
auch mit Grund und Boden.
Kaiser, Deckinghausen.

Empfehle und halte am Lager vorrätig:
Speise-Kartoffeln
Futter-Kartoffeln
Gelbe Pferdemöhren
Zuckerrüben
Carl Zimmermann
Ohl-Rönsahl,
Telefon Nr. 11 Rönsahl.

Für die Schlachtzeit sämtliche Gewürze.
Extra fein gem. Pfeffer ¼ Pfd. 45 Pfg.
Beste präp. Körner-Grütze Pfd. 28 Pfg.
Ia. trockene Därme mtr. 12 Pfg.
Albert Bollmann,
Kierspe.

Die neuen evangelischen
Gesangbücher
in verschiedenen Preislagen vorrätig
Buchhandlung Wilh. Bell jr., Halver.

